

## FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST FINANZEN

29. AUGUST 2019 — Königlicher Erlass zur Anpassung bestimmter föderaler steuer rechtlicher Bestimmungen an das Gesetzbuch der Gesellschaften und Vereinigungen und den Königlichen Erlass vom 29. April 2019 zur Ausführung des Gesetzbuches der Gesellschaften und Vereinigungen und zur Festlegung verschiedener Bestimmungen

(...)

KAPITEL 4 — Abänderungen im Bereich der Registrierungs-, Hypotheken- und Kanzleigebühren

(...)

**Art. 35** - In Artikel 4 des Königlichen Erlasses vom 7. Dezember 2016 zur Regelung der entmaterialisierten Vorlage von privatschriftlichen Mietverträgen für die Registrierungsformalität werden die Wörter "Artikel 1 § 4 des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten" durch die Wörter "Artikel 4 Nr. 7 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG" ersetzt.

**Art. 36** - Artikel 8 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

a) In Nr. 1 Buchstabe b) Punkt 1 werden die Wörter "ihr Gesellschaftsname" durch die Wörter "ihr Name" ersetzt.

b) In Nr. 1 Buchstabe b) Punkt 2 werden die Wörter "ihr Gesellschaftssitz" durch die Wörter "ihr satzungsmäßiger Sitz" ersetzt.

(...)

Gegeben zu Brüssel, den 29. August 2019

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Vizepremierminister und Minister der Finanzen

A. DE CROO

## SERVICE PUBLIC FEDERAL FINANCES

[C - 2021/31731]

11 SEPTEMBRE 2019. — Arrêté royal modifiant les articles 136/1 et 136/2 de l'arrêté royal d'exécution du Code des impôts sur les revenus 1992 relatifs à l'envoi électronique des avertissements-extraits de rôle. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 11 septembre 2019 modifiant les articles 136/1 et 136/2 de l'arrêté royal d'exécution du Code des impôts sur les revenus 1992 relatifs à l'envoi électronique des avertissements-extraits de rôle (*Moniteur belge* du 25 septembre 2019).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

## FEDERALE OVERHEIDSDIENST FINANCIEN

[C - 2021/31731]

11 SEPTEMBER 2019. — Koninklijk besluit tot wijziging van de artikelen 136/1 en 136/2 van het koninklijk besluit tot uitvoering van het Wetboek van de Inkomstenbelastingen 1992 betreffende de elektronische aanbidding van aanslagbiljetten. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 11 september 2019 tot wijziging van de artikelen 136/1 en 136/2 van het koninklijk besluit tot uitvoering van het Wetboek van de Inkomstenbelastingen 1992 betreffende de elektronische aanbidding van aanslagbiljetten (*Belgisch Staatsblad* van 25 september 2019).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

## FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST FINANZEN

[C - 2021/31731]

11. SEPTEMBER 2019 — Königlicher Erlass zur Abänderung der Artikel 136/1 und 136/2 des Königlichen Erlasses zur Ausführung des Einkommensteuergesetzbuches 1992 hinsichtlich der elektronischen Zurverfügungstellung von Steuerbescheiden — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 11. September 2019 zur Abänderung der Artikel 136/1 und 136/2 des Königlichen Erlasses zur Ausführung des Einkommensteuergesetzbuches 1992 hinsichtlich der elektronischen Zurverfügungstellung von Steuerbescheiden.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

## FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST FINANZEN

11. SEPTEMBER 2019 — Königlicher Erlass zur Abänderung der Artikel 136/1 und 136/2 des Königlichen Erlasses zur Ausführung des Einkommensteuergesetzbuches 1992 hinsichtlich der elektronischen Zurverfügungstellung von Steuerbescheiden

BERICHT AN DEN KÖNIG

Sire,

das Gesetz vom 27. Februar 2019 über den elektronischen Austausch von Nachrichten über die eBox bietet Bürgern die Möglichkeit, mit den föderalen öffentlichen Diensten zentralisiert über die eBox zu kommunizieren.

Der FÖD Finanzen hat beschlossen, dass seine Kommunikation mit den Bürgern auch über die eBox erfolgen wird. Zunächst ist nur die Kommunikation im Zusammenhang mit dem Steuerbescheid in Bezug auf die Einkommensteuer betroffen.

Zweck dieses Erlasses ist es daher, die Artikel 136/1 und 136/2 des Königlichen Erlasses zur Ausführung des Einkommensteuergesetzbuches 1992, die kürzlich durch den Königlichen Erlass vom 23. Juni 2019 abgeändert worden sind, in diesem Sinne anzupassen.

Diese Artikel beziehen sich nämlich auf die Zurverfügungstellung von Steuerbescheiden anhand eines Verfahrens, bei dem Informatiktechniken verwendet werden.

Mit der Aktivierung der eBox erklärt sich der Steuerpflichtige ausdrücklich mit der elektronischen Übermittlung seines Steuerbescheids einverstanden. Dieses Einverständnis kann jederzeit über dieselbe eBox widerrufen werden.

Auf diese Weise erhält der Steuerpflichtige eine Nachricht über die eBox, sobald sein Steuerbescheid auf MyMinfin zur Verfügung gestellt wird.

Im Falle einer gemeinsamen Veranlagung müssen beide Partner ihre eBox aktiviert haben. Ansonsten wird den Steuerpflichtigen ebenfalls eine Papierfassung des Steuerbescheids zugeschickt.

Dieser Erlassentwurf trägt den Bemerkungen Rechnung, die der Staatsrat in seinem Gutachten Nr. 66.446/1/V vom 7. August 2019 zur Sache gemacht hat, insbesondere in Bezug auf die Aufhebung der Artikel 3 und 4 des Königlichen Erlasses vom 23. Juni 2019.

Entgegen dem Gutachten des Staatsrates wurde es jedoch als nicht erforderlich erachtet, die Stellungnahme der Finanzinspektion und das Einverständnis der Ministerin des Haushalts zu vorliegendem Entwurf einzuholen. Die Stellungnahme der Finanzinspektion wurde nämlich bereits am 29. April 2019 zu demselben Gegenstand im Zusammenhang mit dem Erlassentwurf abgegeben, aus dem der vorerwähnte Königliche Erlass vom 29. Juni 2019 hervorgegangen ist. Die Finanzinspektion hat bei dieser Gelegenheit keine besondere Bemerkung vorgebracht.

Was die fehlende Beantragung des Einverständnisses der Ministerin des Haushalts betrifft, so ist festzuhalten, dass dieser Entwurf keine neuen Ausgaben verursacht und sich nicht auf die Einnahmen auswirkt; er fällt daher nicht in den Anwendungsbereich von Artikel 5 des Königlichen Erlasses vom 16. November 1994 über die Verwaltungs- und Haushaltskontrolle.

Die Datenschutzbehörde wurde um eine Stellungnahme ersucht. In Anbetracht der Frist, über die die Datenschutzbehörde für die Abgabe ihrer Stellungnahme verfügt, und um die Bearbeitung und den Versand der Steuerbescheide in Bezug auf die Einkommensteuer nicht zu verzögern, wurde jedoch beschlossen, Eurer Majestät diesen Erlass ohne diese Stellungnahme zur Unterschrift vorzulegen. Sollte sich anlässlich der vorerwähnten Stellungnahme herausstellen, dass Anpassungen am derzeitigen Text erforderlich sind, werden diese durch einen Abänderungserlass vorgenommen.

Ich habe die Ehre,

Sire,  
der ehrerbietige und getreue Diener  
Eurer Majestät  
zu sein.

Der Vizepremierminister und Minister der Finanzen  
A. DE CROO

#### 11. SEPTEMBER 2019 — Königlicher Erlass zur Abänderung der Artikel 136/1 und 136/2 des Königlichen Erlasses zur Ausführung des Einkommensteuergesetzbuches 1992 hinsichtlich der elektronischen Zurverfügungstellung von Steuerbescheiden

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund der Verfassung, des Artikels 108;

Aufgrund des Einkommensteuergesetzbuches 1992, des Artikels 302 Absatz 3, eingefügt durch Artikel 25 des Gesetzes vom 17. Juni 2013 zur Festlegung steuerrechtlicher und finanzieller Bestimmungen und von Bestimmungen über die nachhaltige Entwicklung;

Aufgrund des Gesetzes vom 27. Februar 2019 über den elektronischen Austausch von Nachrichten über die eBox, insbesondere der Artikel 2 Nr. 3 und 6;

Aufgrund des KE/ESTGB 92;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 66.446/1/V des Staatsrates vom 7. August 2019, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

Auf Vorschlag des Vizepremierministers und Ministers der Finanzen

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

**Artikel 1** - Artikel 136/1 des Königlichen Erlasses zur Ausführung des Einkommensteuergesetzbuches 1992, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 7. Februar 2014 und abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 23. Juni 2019, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 136/1 - § 1 - Hat ein Steuerpflichtiger dem elektronischen Austausch von Nachrichten durch Aktivierung der durch das Gesetz vom 27. Februar 2019 über den elektronischen Austausch von Nachrichten über die eBox eingeführten eBox im Voraus ausdrücklich zugestimmt, so gilt dies als ausdrückliches Einverständnis zu dem in Artikel 302 Absatz 2 des Einkommensteuergesetzbuches 1992 vorgesehenen Verfahren.

Diese Zustimmung hat zur Folge, dass die in der vorerwähnten Bestimmung angegebenen Unterlagen ausschließlich auf der gesicherten elektronischen Plattform der Föderalbehörde zur Verfügung gestellt werden.

Wird eine gemeinsame Veranlagung festgelegt und hat nur einer der beiden Ehepartner dem Austausch von Nachrichten über die eBox im Voraus zugestimmt, werden die Unterlagen auch gemäß Artikel 302 Absatz 1 desselben Gesetzbuches übermittelt.

§ 2 - Der Steuerpflichtige erhält über die eBox eine Nachricht, wenn ihm eine Unterlage auf der gesicherten elektronischen Plattform der Föderalbehörde zur Verfügung gestellt wird.

§ 3 - Der Versand von Nachrichten über die eBox endet, wenn:

1. der Steuerpflichtige stirbt,

2. der Steuerpflichtige oder im Falle einer gemeinsamen Veranlagung einer der Ehepartner seine Zustimmung zum Austausch von Nachrichten über die eBox durch Deaktivierung der eBox widerruft. Dieser Widerruf kann jederzeit vorgenommen werden und ist sofort wirksam.

Ab diesem Zeitpunkt werden die Unterlagen gemäß Artikel 302 Absatz 1 desselben Gesetzbuches übermittelt. Im Falle einer gemeinsamen Veranlagung nutzt der Ehepartner, der die eBox nicht deaktiviert hat, diesen Dienst weiter.“

**Art. 2** - Artikel 136/2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 7. Februar 2014 und abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 23. Juni 2019, wird aufgehoben.

**Art. 3 - 4** - [Abänderungen des Königlichen Erlasses vom 23. Juni 2019 zur Abänderung der Artikel 136/1 und 136/2 des Königlichen Erlasses zur Ausführung des Einkommensteuergesetzbuches 1992 hinsichtlich der elektronischen Zurverfügungstellung von Steuerbescheiden]

**Art. 5** - Vorliegender Erlass tritt am 1. Oktober 2019 in Kraft.

**Art. 6** - Der für Finanzen zuständige Minister ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 11. September 2019

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Vizepremierminister und Minister der Finanzen

A. DE CROO

SERVICE PUBLIC FEDERAL  
SECURITE SOCIALE

[C – 2021/42434]

20 JUIN 2021. — Arrêté royal portant modification de l'arrêté royal du 3 juillet 1996 portant exécution de la loi relative à l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités, coordonnée le 14 juillet 1994, en ce qui concerne la Commission de remboursement des produits et prestations pharmaceutiques

PHILIPPE, Roi des Belges,

A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la Constitution, l'article 108 ;

Vu la loi relative à l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités, coordonnée le 14 juillet 1994, l'article 29<sup>quater</sup>, alinéas 1<sup>er</sup> et 3, inséré par la loi du 13 février 2020 ;

Vu l'arrêté royal du 3 juillet 1996 portant exécution de la loi relative à l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités, coordonnée le 14 juillet 1994 ;

Vu l'avis de l'inspecteur des Finances, donné le 28 août 2020 ;

Vu l'accord de la secrétaire d'État au Budget, donné le 8 mars 2021 ;

Vu l'avis 68.998/2 du Conseil d'État, donné le 1<sup>er</sup> avril 2021, en application de l'article 84, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973 ;

Vu l'avis du Comité de l'assurance soins de santé, donné le 31 mai 2021 ;

Considérant l'avis de la Commission de contrôle budgétaire, donné le 26 mai 2021 ;

Sur la proposition du Ministre des Affaires sociales,

Nous avons arrêté et arrêtons :

**Article 1<sup>er</sup>.** Dans le titre II, chapitre I, de l'arrêté royal du 3 juillet 1996 portant exécution de la loi relative à l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités, coordonnée le 14 juillet 1994, est insérée une section, XVII, comportant les articles 122<sup>ter</sup>vicies à 122<sup>oct</sup>vicies, rédigée comme suit :

“Section XVII – Commission de remboursement des produits et prestations pharmaceutiques.

**Art. 122<sup>ter</sup>vicies. § 1<sup>er</sup>.** La Commission de remboursement des produits et prestations pharmaceutiques, appelée ci-après la Commission, est composée comme suit :

1<sup>o</sup> sept membres effectifs et sept membres suppléants, médecins, pharmaciens ou personnes avec une compétence particulière en économie de la santé ou en sciences biomédicales, proposés par le Ministre parmi les candidats disposant d'un mandat académique dans une Université belge ;

2<sup>o</sup> huit membres effectifs et huit membres suppléants, médecins, pharmaciens ou personnes avec une compétence particulière en économie de la santé, choisis parmi les candidats proposés par les organismes assureurs sur une double liste. Les membres sont répartis comme suit : deux membres effectifs et deux membres suppléants pour l'Alliance nationale des mutualités chrétiennes, un membre effectif et un membre suppléant pour l'Union nationale des mutualités neutres, deux membres effectifs et deux membres suppléants pour l'Union nationale des mutualités socialistes, un membre effectif et un membre suppléant pour l'Union nationale des mutualités libérales, un membre effectif et un membre suppléant de l'Union des mutualités libres, un

FEDERALE OVERHEIDSDIENST  
SOCIALE ZEKERHEID

[C – 2021/42434]

20 JUNI 2021. — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 3 juli 1996 tot uitvoering van de wet betreffende de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen, gecoördineerd op 14 juli 1994, wat betreft de Commissie voor terugbetaling van farmaceutische producten en verstrekkingen

FILIP, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de Grondwet, artikel 108;

Gelet op de wet betreffende de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen, gecoördineerd op 14 juli 1994, artikel 29<sup>quater</sup>, alinea's 1 en 3 ingevoegd bij de wet van 13 februari 2020;

Gelet op het koninklijk besluit van 3 juli 1996 tot uitvoering van de wet betreffende de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen, gecoördineerd op 14 juli 1994;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 28 augustus 2020;

Gelet op de akkoordbevinding van de Staatssecretaris voor Begroting van 8 maart 2021;

Gelet op het advies 68.998/2 van de Raad van State, gegeven op 1 april 2021, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Gelet op het advies van het Comité van de verzekering voor geneeskundige verzorging, gegeven op 31 mei 2021

Overwegende het advies van de Commissie voor begrotingscontrole, gegeven op 26 mei 2021

Op de voordracht van de Minister van Sociale zaken,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

**Artikel 1.** In titel II, hoofdstuk I, van het koninklijk besluit van 3 juli 1996 tot uitvoering van de wet betreffende de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen, gecoördineerd op 14 juli 1994, wordt een afdeling XVII ingevoegd, die de artikelen 122<sup>ter</sup>vicies tot 122<sup>oct</sup>vicies bevat, luidende:

“Afdeling XVII – Commissie voor terugbetaling van farmaceutische producten en verstrekkingen

**Art. 122<sup>ter</sup>vicies. § 1.** De Commissie voor terugbetaling van farmaceutische producten en verstrekkingen, hierna de Commissie genoemd, wordt als volgt samengesteld:

1<sup>o</sup> zeven werkende en zeven plaatsvervangende leden, artsen, apothekers of personen met een bijzondere bekwaamheid in de gezondheidseconomie of in biomédische wetenschappen, door de Minister voorgedragen onder de kandidaten met een academisch mandaat aan een Belgische universiteit;

2<sup>o</sup> acht werkende en acht plaatsvervangende leden, artsen, apothekers of personen met een bijzondere bekwaamheid in de gezondheidseconomie, gekozen onder de kandidaten voorgedragen door de verzekeringsinstellingen op een dubbele lijst. De leden zijn als volgt verdeeld: twee werkende en twee plaatsvervangende leden voor de Landsbond der christelijke mutualiteiten, één werkend en één plaatsvervangend lid voor de Landsbond van de Neutrale Ziekenfondsen, twee werkende en twee plaatsvervangende leden voor het Nationaal verbond van de Socialistische Mutualiteiten, één werkend en één plaatsvervangend lid voor de Landsbond van de Liberale Mutualiteiten, één werkend en één plaatsvervangend lid voor de Landsbond van